



Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.
Tel: 068-90028188
Fax: 069-90028199

**An den
DGB-Vorsitzenden
Michael Sommer**

Frankfurt/M. 27.09.2004

Sehr geehrter Herr Sommer,

der DGB hat mehrfach und deutlich seine Kritik an Hartz IV formuliert.
Wir sind mit Ihnen der Meinung, dass Hartz IV:

- keine Arbeitsplätze schafft,
- für viele ALG II-Empfänger sofort und für weitere Hunderttausende nach Auslaufen des Überbrückungsgeldes in Armut führt,¹
- Lohndumping verursacht,
- durch das Verfahren zur Anrechnung von privater Altersvorsorge für viele zukünftige Rentnerinnen und Rentner Altersarmut vorprogrammiert,
- durch das Verfahren zur Anrechnung von Ausbildungsrücklagen die Bildungsaussichten und Chancengleichheit für viele junge Menschen schmälert,
- Zumutbarkeitsregeln enthält, die unzumutbar sind,
- erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg einen de facto Arbeitszwang einführt,
- die Binnennachfrage weiter schwächt und so zu mehr Erwerbslosigkeit beiträgt.

Sowohl Gewerkschaften als auch andere Akteure, darunter Attac, haben dazu Alternativen formuliert. Dabei ist uns bewusst, dass Sie die Auffassung vertreten, diese als Nachbesserungen auch im Rahmen Umsetzung der Hartz-Gesetze realisieren zu können, während wir meinen, dass ein im Stamm verfallener Baum weg muss - auch wenn er hie und da noch etwas Schatten spendet - damit an seiner Stelle was neues gedeihen kann.

Hartz IV ist ein Einschnitt, wie er in diesem Ausmaß einmalig in der Nachkriegsgeschichte ist - ein Projekt von historischer Bedeutung, wie der Kanzler mehrfach betonte. Hartz IV trifft nicht nur Langzeitarbeitslose, sondern auch die Beschäftigten und führt zu Ängsten und Verunsicherung in der Gesellschaft.

Besonders beunruhigend sind die Wahlerfolge von NPD und DVU. Diese Kräfte können Standortnationalismus, Prekarisierung und Angst vor sozialem Abstieg für ihre Propaganda nutzen. Wir befürchten, dass sie weiter Zulauf bekommen, wenn es nicht bald zu einem Politikwechsel kommt. Die deutsche Geschichte hat hier bittere Lektionen erteilt: Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und soziale Polarisierung in der Weltwirtschaftskrise 1928 waren zwar nicht der einzige aber doch ein wichtiger Nährboden für den Aufstieg Nazis.

¹ Nach den neuen Kriterien der EU, die auf Grundlage des „Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung“ vom 7. Dezember 2001 ausgearbeitet wurden, verläuft die Armutsgrenze bei 60% des Nettoäquivalenzeinkommens. Das sind für die westlichen Bundesländer 730,20 Euro, für den Osten 604,80 (Berechnet nach den Zahlen des Statistischen Bundesamts für 2002).

Vor diesem Hintergrund glauben wir, dass der DGB in der Verantwortung steht, an die Massenproteste gegen den Sozialabbau, wie sie mit den erfolgreichen Großdemos vom 3. April begonnen hatten, anzuknüpfen und so gewerkschaftspolitische Forderungen bei den Protesten mit einfließen zu lassen.

Es geht uns dabei nicht darum, uns in die inneren Angelegenheiten des DGB einzumischen. Das steht uns nicht zu. Aber da in der gegenwärtigen Situation Ihre Haltung Konsequenzen für alle emanzipatorischen Kräfte weit über die Gewerkschaften hinaus hat, halten wir es für unsere Pflicht, Ihnen unseren Standpunkt zu erläutern.

So glauben wir z.B. nicht, dass es noch ausreicht, den lokalen und regionalen Gliederungen des DGB die Entscheidung zu überlassen, ob sie sich an Montagsdemonstrationen beteiligen, wie dies in der Erklärung des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes vom 19.8. formuliert ist. Jetzt ist auch, wie bereits am 3. April, die DGB-Führung gefordert.

Darüber hinaus sind wir überzeugt, dass eine Rücksichtnahme auf die Krise der SPD keineswegs zu einem Kurswechsel führt. Gerhard Schröder hat bereits bewiesen, dass er Versprechen, die er vor den Wahlen abgibt, bedenkenlos bricht. Warum sollte er das nicht wieder tun, falls er noch mal gewählt werden sollte? Er hat selbst gesagt, Agenda 2010 sei nur der Anfang eines längeren Prozesses. In der Tat zeichnet sich schon jetzt ab, wie es weiter geht. Die Erpressungen gegenüber den Gewerkschaften bei Siemens, Volkswagen und Opel geben einen Vorgeschmack darauf. Wir meinen, wegducken hilft da nicht, sondern nur die Bereitschaft, die eigene Basis zu mobilisieren und Unterstützung in der Gesellschaft zu gewinnen, um Gegendruck zum neoliberalen Kurs von Regierung und Opposition aufzubauen.

Dass Union und FDP sich noch unverhohlener für die weitere Demontage des Sozialstaates und die Transformation der sozialen Marktwirtschaft in eine Art postmodernen Manchesterkapitalismus einsetzen, ist uns bekannt. Allerdings folgt daraus nicht, sich der Scheinlogik des „kleineren Übels“ unterwerfen zu müssen. Im Gegenteil, nur durch die Entwicklung der eigenen Mobilisierungsfähigkeit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass man im Falle eines Regierungswechsels stark genug ist, sich Merkel, Stoiber und Koch entgegenstellen zu können. Wer jetzt nicht Zähne zeigt, wird nachher als Papiertiger enden.

Abgesehen davon, wird eine Rücksichtnahme auf die SPD auch nichts bringen. Schon jetzt hat sie trotz der Zurückhaltung des DGB bei den Wahlen im Saarland, in Sachsen und in Brandenburg dramatische Verluste erlitten. Nicht der Protest führt zu Stimmenverlusten, sondern die Politik der Regierung. Das wird so weiter gehen. Denn Sie wissen sicherlich, dass die SPD-Führung entschlossen ist, ihr Projekt unverändert durchzuziehen.

Befürchtungen, dass die Proteste gegen den Sozialabbau von Rechtsradikalen dominiert oder auch nur nennenswert beeinflusst wären, sind unbegründet. Zwar gab es bei den Montagsdemonstrationen vereinzelt Fälle, wo diese Kräfte präsent waren. Insgesamt war das aber marginal. Inzwischen hat auch eine empirische Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin ergeben, dass die große Mehrheit der Demonstranten eher dem linken Spektrum zuzurechnen ist. Die Sympathiewerte für NPD und DVU liegen unter der Wanderungsquote von SPD und CDU zu den Rechten bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg.

Wir hoffen, dass wir Ihnen unser Anliegen deutlich machen konnten und würden uns über eine Antwort freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Attac-Koordinierungskreis

Peter Wahl